

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DFS/SK



Grossratsgeschäftsnummer: 12 / BS 47 / 463
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DFS/SK

Bericht der GFK-Subkommission DFS/SK zur Geschäftsprüfung 2015

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DFS/SK

Präsident: Marty Walter, Altishausen
Mitglieder: Kern Barbara, Kreuzlingen
Oswald Ueli, Berlingen
Wittwer Daniel, Romanshorn

Geschäftsbericht 2015 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2015

Allgemeines zum Departement und zur Staatskanzlei

Der Finanzchef, Urs Meierhans, stellte das IKS und das Risikoportfolio im Detail vor und dokumentierte die Subkommission. Ohne Risikoportfolio bringt ein IKS nichts. Momentan wird das Risikoportfolio und die IKS Liste mit den einzelnen Ämtern besprochen. Es wird dabei abgeklärt, ob die Risiken gemäss dem Portfolio mit den Risiken in den Ämtern übereinstimmt. Danach werden die IKS-Massnahmen aufgrund des Portfolios überprüft. Die Risikolandkarte wurde zentral aufgrund von früheren Diskussionen mit den Ämtern durch die Finanzverwaltung erstellt. Es werden für die einzelnen Risiken die Eintretens Wahrscheinlichkeit und die Auswirkungen definiert. Es handelt sich bei diesem System um eine pragmatische Lösung. Die Regierung hat Richtlinien über das finanzielle Risikomanagement erlassen. Darin sind auch die Details beschrieben.

Ämterbesuche 2016

Die Subkommission DFS/SK hat folgende Ämter besucht:

– Sozialversicherungszentrum (SVZ)

Der neue Direktor des Sozialversicherungszentrum Thurgau, Herr Andy Ryser, war vor seinem Eintritt beim SVZ als Leiter Arbeitslosenversicherung/Arbeitslosenkasse des Kantons Zürich während 12 Jahren tätig. Seine Grundausbildung ist Jurist. Er hat die Nachfolge von Anders Stockholm angetreten und wird durch seinen Stellvertreter, Markus Gächter, eingeführt.

– Amt für Gesundheit

Die Assistentin der Amtsleitung fiel im Sommer während drei Monaten aus und sie hat die Verwaltung Ende 2015 verlassen. Der gewählte und gute Entlastungsansatz kam damit nicht zum Tragen. Die Ressourcen sind knapp und die Belastung wächst. Das Amt ist in einem offenen, konstruktiven Dialog mit dem Departementschef. Massnahmen sind Priorisierung, Rückstellung und Anträge zur Ergänzung des Stellenplans. Die Subkommission hat sich mit den Betriebsbewilligungen und der Aufsicht der Institutionen und auch der Spitexorganistonen erkundigt.

2/5

Institutionen haben eine Bewilligung. Mit anderen Leistungserbringern besteht ein Leistungsauftrag in welchem gemeinwirtschaftliche Elemente und Programme formuliert sind.

Die Voraussetzungen für die Betriebsbewilligungen sind für alle Spitexorganisationen identisch (kantonale Weisungen). Die Organisationen ohne Leistungsauftrag müssen keine gemeinwirtschaftlichen Leistungen und keine Hilfeleistung und Betreuung (hauswirtschaftliche Leistungen) zu Hause anbieten.

– Sozialamt

Die Mitarbeitenden fühlen sich offenbar weitgehend wohl und sind ziemlich zufrieden.

Die räumlichen Gegebenheiten waren nicht optimal, aber das Amt konnte mittlerweile in ein anderes Gebäude (ehemals Thurgauer Zeitung) umziehen.

Das IKS wurde im Sozialamt bereits umgesetzt.

– Kantonales Laboratorium

Dr. Christoph Spinner, Kantonschemiker, hat der Subkommission in den Räumlichkeiten des Kantonalen Labors umfangreich über die Organisation und die verschiedenen Abteilungen Einblick gegeben. LÜP hat im Kantonalen Laboratorium wenig Sparpotential aufgrund Eidg. Gesetzgebung ergeben. Seit mehr als 10 Jahren verfügt das Labor über ein umfangreiches Qualitätsmanagement nach internationalen Normen.

– Amt für Informatik

Die Subkommission besuchte mit der Subkommission DIV das Amt für Informatik. Der Bericht ist beim Departement für Inneres zu finden.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

Räte

Auf Seite 31 im Geschäftsbericht schlich sich ein formeller Fehler ein. In der Tabelle sollte es 2015 und nicht 2014 heissen.

Die Erfolgsrechnung bei den Räten schliesst rund 258'000 Franken besser ab als budgetiert.

Im Zusammenhang mit LÜP wurde das Projekt der elektronischen Abstimmung zurückgestellt. Es wurde beschlossen, dass das Projekt im Moment nicht weiter verfolgt wird. Es wurde jedoch nicht ganz gestrichen, sondern das Thema soll in der nächsten Legislaturperiode 2016-2020 wieder aufgegriffen werden.

1000 Regierungsrat

Keine Bemerkungen

1100 Grosser Rat

Keine Bemerkungen

3/5

2100 Staatskanzlei Zentrale Dienste

Die Erfolgsrechnung der Staatskanzlei liegt rund 1,36 Mio Franken unter dem Budget.

Die Wahllisten für die Kantonsratswahlen konnten erstmals von den Bezirksparteien elektronisch erfasst werden. Dies ist erfreulich, jedoch hat die Lösung noch verbesserungspotential.

Betreffend E-Voting sollte ein Systementscheid 2017 gefällt werden können. Dabei sucht die Staatskanzlei auch die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen sowie der Bundeskanzlei, welche sich zur Erarbeitung eines konkreten Planungsinstruments mit Zeitplan und klarer Definition der Zuständigkeiten bereit erklärt und einen entsprechenden Auftrag an der Staatsschreiberkonferenz vom April 2016 entgegen genommen hat. Ziel ist, das System mit den Nationalratswahlen 2019 wieder anzubieten.

Thematisiert wurden auch die Besuche aus dem Ausland. Die Besuche dienen in erster Linie der Kontaktaufnahme oder der gegenseitigen Kontaktpflege. Sie ermöglichen Diplomaten, ein besseres Bild vom föderalen Aufbau der Schweiz zu erhalten. Je nach Wichtigkeit des Landes resp. des ausländischen Vertreters findet ein Besuch im Rahmen eines Mittagessen mit einer Thurgauer Delegation statt. Bei den Botschafterbesuchen und den Besuchen der Konsulate geht es letztlich also immer um Interessenpolitik. Es handelt sich um wertvolle Kontakte und es erfolgt jeweils auch ein wertvoller Austausch.

Das Kennzahlensystem „MoniThur“ war ebenfalls wiederum ein Thema. Endprodukt sind primär eine Art „Cockpit“ für den Regierungsrat sowie eine Webpublikation. Zudem kann MoniThur künftig auch als Grundlage für die Erarbeitung der Regierungsrichtlinien dienen.

2510 Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale

Die Budget-/Rechnungsdifferenz wird einerseits dadurch bewirkt, dass sich die Budgetzahlen als Summe der Amtseingaben errechnen, welche durch die BLDZ nicht beeinflussbar sind. Andererseits wurden verschiedene umfangreiche Umzüge von ganzen Amtsstellen auf 2016 verschoben, was massgebliche Abweichungen zum Budget nach sich zog.

7010 Generalsekretariat

Keine Bemerkungen

7110-7120 Personalamt

Keine Bemerkungen

7250-7260 Finanzkontrolle

Die Subkommission hat jeweils die Gelegenheit anlässlich der Vorbereitung des Fragenkatalogs direkt Informationen von der FIKO zu erhalten. Die FIKO geht dabei den Geschäftsbericht Ämterweise durch. Dieses Gespräch ist sehr wertvoll und gibt einen weiteren Einblick in die Abläufe der jeweiligen Amtsstellen.

4/5

Für die Überbrückungsrenten der Polizei wurden in den letzten rund 10 Jahren zu viel bezahlt. Es handelt sich um 1.31 Mio Franken. Gemäss BVG-Gesetz ist geregelt, dass Leistungen, welche unrechtmässig erfolgt sind, 5 Jahre lang rückbezahlt werden müssen. Die Regierung hat sich auf den Standpunkt gestellt, dass der Staat diesen Fehler ebenfalls hätte merken sollen und dass irgendwann eine Verjährung eintritt. Es wurde mit der PK Verhandlungen geführt und man hat sich auf 5 Jahre geeinigt. Daher wurde nun die Hälfte zurückgefordert.

7310-7355 Finanzverwaltung

Die Verzinsung des Arbeitsmarktfonds von rund 3% ist im Gesetz über Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und zur Standortförderung (837.1) geregelt. §22 Fondszinsen: „Der Kanton verzinst das Fondsvermögen zu den Ansätzen für erste Hypotheken der Thurgauer Kantonalbank“. Der Zinssatz betrug Ende 2015 rund 2.95%.

Im Rechnungsjahr 2015 sind viele Kreditübertragungen beantragt worden. Die Situation ist auch für die Finanzverwaltung nicht befriedigend. Es wurde deshalb in den Budgetrichtlinien 2017 definiert, dass die Departemente für mehrjährige Kredite sogenannte Objektkredite beantragen sollen. Damit können Kreditübertragungen vermieden werden. Objektkredite werden erst mit dem Nutzungsbeginn abgeschrieben. Dies ist ganz im Sinne der GFK.

7410-7440 Steuerverwaltung

Betreffend „nicht rückforderbaren Sockelsteuer“ konnte folgende Erklärung abgegeben werden:

Auf den Schweizer Bankenerträgen, Dividenden etc. wird die Verrechnungssteuer von 35% abgezogen und der Eidg. Steuerverwaltung überwiesen. Bei im Ausland ansässigen Personen ist die Rückforderung von einem Doppelsteuerabkommen abhängig. So wird beispielsweise festgehalten, dass 5, 10 oder 15% der Verrechnungssteuer nicht rückforderbar sind.

7510-7518 Sozialamt

Der Kostendeckungsgrad bei der Produktegruppe Asylwesen zeigt, dass der Kanton mit dem Geld vom Bund (zum Teil Pauschalbeiträge) kostenbewusst umgeht.

7530-7557 Amt für Gesundheit/Kantonsapotheker

Keine weiteren Bemerkungen

7580 Kantonales Laboratorium

Keine Bemerkungen

5/5

7631-7637 Sozialversicherungszentrum

Keine Bemerkungen

Tätigkeitsbericht 2015, Datenschutzbeauftragter Kanton Thurgau

Der Tätigkeitsbericht 2015 des Datenschutzbeauftragten ist wiederum ein aufschlussreicher Bericht und widmet sich vor allem der Sensibilisierung im Umgang mit Personendaten. Es wird ein umfassender Einblick in die unterschiedlichen Fragestellungen rund um den Datenschutz gewährt. Der Schwerpunkt liegt darin, die Schulbehörden im Bereich Datenschutz zu unterstützen. Unter anderem ist auch der Umgang mit „Handy's“ sehr genau beschrieben.

Altishausen, 17. Juni 2016

Der Subkommissionspräsident:
Walter Marty, Altishausen